

# Gleichwertigkeit von Berufs- und Allgemeinbildung – Zukunftschance der beruflichen Bildung

## Fritz Schaumann

*Dr. paed., Staatssekretär  
im Bundesministerium für  
Bildung und Wissenschaft*



**Das duale System ist für rund 70 Prozent der Jugendlichen nach der Schule Ort der persönlichen und beruflichen Vorbereitung auf das Erwerbsleben. Es ist verantwortlich für den vergleichsweise reibungslosen Übergang der nachwachsenden Generation in die Arbeitswelt.**

**Sowohl die geringe Jugendarbeitslosigkeit als auch die mit der Berufsausbildung erworbene berufliche Handlungskompetenz der Nachwuchskräfte sind Aspekte einer wachsenden internationalen Beachtung des deutschen dualen Systems.**

## Zur Zukunft des dualen Systems

Zunehmend warnen aber Experten vor einer Erosion der beruflichen Bildung, vor allem der beruflichen Ausbildung in Deutschland.<sup>1</sup> LUTZ sieht in der dualen Berufsausbildung ein Auslaufmodell, das im Verlauf des rapiden technologischen Wandels und des Wandels der Sozialstrukturen an Bedeutung verliert. Ausgelöst wird diese Entwicklung nach seiner Auffassung von einer „meritokratischen Logik“ in unserer Gesellschaft, nach der die Zuweisung von sozialem Status und gesellschaftlicher Stellung primär von schulischen Zertifikaten abhängig gemacht wird<sup>2</sup> und in der die Berufsausbildung zwangsläufig an Wert verlieren müßte.

GEISSLER vergleicht das duale System gar mit der bedrohten Stadt Venedig, da beide ihre ehemals innovative Funktion verloren und damit auch ihre Zukunft hinter sich hätten.<sup>3</sup> Konsequenterweise sieht GEISSLER bereits das „Verfallsdatum“ des dualen Systems nahen.

Alle diese Beispiele — die Liste ähnlicher Aussagen ließe sich übrigens noch weiter fortsetzen — beantworten mehr oder weniger pessimistisch eine Fragestellung, die Öffentlichkeit, Wissenschaft, aber auch Politik seit geraumer Zeit beschäftigt: Ist das duale System noch zeitgemäß, kann es die an sie gestellten Anforderungen noch bewältigen, und gibt es Wege aus dieser vermuteten Krise der beruflichen Ausbildung?

Ausgelöst wurde die Diskussion unter anderem durch die in den letzten Jahren immer deutlicher aus der Balance geratene Entwicklung von Ausbildungsplatznachfrage und Ausbildungsstellenangebot in den alten Bundesländern. In vielen Ausbildungsbereichen, vor allem der gewerblichen Wirtschaft, bleiben Ausbildungsstellen unbesetzt. Nachdem 1990 erstmals mehr Studenten als Auszubildende gezählt wurden, war dies für manche Anlaß, einen bedrohlichen Bedeutungsverlust der beruflichen Ausbildung zu konstatieren.

„Wir haben zu viele ‚Mundwerker‘ und zu wenig Handwerker“ ist sicherlich eine der prägnantesten Formulierungen zur befürchteten Schieflage von Qualifikationsstrukturen in unserem Land. Steht das duale System tatsächlich „vor dem Ruin“?<sup>4</sup>

## Bildungsströme

Die statistischen Fakten<sup>5</sup> sprechen auf den ersten Blick für die These, daß die Nachwuchslücke im Fachkräftebereich wächst und unter wirtschaftlichen Belangen als Wachstumsbremse wirken könnte:

- Die Auszubildendenzahlen sind in den alten Bundesländern von einem Höchststand im Jahre 1985 (1,83 Mio.) auf rd. 1,48 Mio. Auszubildende im Jahre 1990 zurückgegangen; das ist ein Rückgang von rd. 350 000 Auszubildenden.

- Die Zahl der neuen Ausbildungsverträge hat im gleichen Zeitraum etwa um rund 150 000 abgenommen.

- Zeitgleich ist die Zahl der Studienanfänger um 70 000 gewachsen, die der Studenten insgesamt sogar um rd. 250 000. 1990 waren an den Hochschulen in den alten Ländern 1,59 Mio. Studenten immatrikuliert.

- Immer mehr Studienanfänger bringen eine Berufsausbildung mit und haben die Berufsausbildung lediglich als „Durchgangsstation“ genutzt; 1985 waren dies 21 Prozent, 1990 bereits 29 Prozent der Studienanfänger; unter den Fachhochschulanfängern hat mehr als jeder zweite schon eine Lehre abgeschlossen.

Die hier schlaglichtartig dargelegten Trends sind Folgen von demographischen Entwicklungen, aber auch von Veränderungen im Bildungsverhalten. Beide Faktoren werden in den Entwicklungen der Schulabgängerzahlen der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen besonders deutlich:

- Zwischen 1980 und 1990 haben sich die jährlichen Schulabgängerzahlen um über 300 000 oder 29 Prozent verringert.

- Von 1980, dem Jahr mit der höchsten Schulabgängerzahl aus den Hauptschulen,

bis 1990 hat sich die Zahl der Absolventen mit und ohne Hauptschulabschluß jedoch nahezu halbiert (von 500 800 auf 253 500).

- Der Höchststand der Realschulabgänger oder Abgänger entsprechender Abschlüsse (einschließlich 20 Prozent aus beruflichen Schulen) wurde 1983 mit 443 200 Absolventen erreicht; 1990 lag die Absolventenzahl bei rund 284 000 oder um gut ein Drittel unter dem Höchststand.

- Im Jahr 1983 verließen mit 305 700 Schülern (einschließlich 30 Prozent aus beruflichen Schulen) bislang auch die meisten Studienberechtigten die Schulen; 1990 lag ihre Zahl bei 274 700 oder lediglich rund zehn Prozent unter dem Wert von 1983.

## Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen hält an

Hinter diesen Entwicklungen stehen nachhaltige Veränderungen in der Schul- und Bildungsstruktur. 1990 bringen 33,8 Prozent (1980: 19,4 Prozent) der Schulabgänger eine Studienberechtigung mit, 35 Prozent (1980: 36,9 Prozent) einen Realschulabschluß oder gleichwertigen Schulabschluß und lediglich 24,6 Prozent (1980: 34,2 Prozent) haben mit Beendigung der Vollzeitschulpflicht einen Hauptschulabschluß, 6,6 Prozent (1980: 9,6 Prozent) verlassen die Schule ohne diesen Abschluß.<sup>6</sup>

Vieles spricht dafür, daß dieser Trend zu höheren Bildungsabschlüssen auch künftig anhalten wird.

## Bildungspräferenzen

Befragungen von Eltern<sup>7</sup> belegen, daß der Wunsch nach einem möglichst hohen allgemeinbildenden Abschluß für ihr Kind unge-

brochen ist: 53 Prozent der Schülereltern möchten, daß ihr Kind in der allgemeinbildenden Schule eine Studienberechtigung erwirbt; 36 Prozent der Eltern wollen zumindest einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluß; lediglich elf Prozent zielen mit ihren Bildungswünschen auf einen Hauptschulabschluß.

Diese Bildungspräferenz, die im übrigen auch in den neuen Ländern nachweisbar ist, hat nachhaltige Auswirkungen für die Bewertung der Berufsausbildung: Besteht neben der Berufsausbildung die Alternative, weiter zur Schule zu gehen und sie mit einer Studienberechtigung abzuschließen, entscheiden sich mehr als zwei Drittel der befragten Eltern für den schulischen Bildungsweg. Auch nach dem Erwerb der Studienberechtigung wird das Studium mehrheitlich der Berufsausbildung vorgezogen.

Hinter diesen Urteilen stehen eindeutige Wertzuweisungen von Eltern für die mit den Schulabschlüssen verbundenen Beschäftigungsoptionen. Das Abitur ist für 60 Prozent der Eltern die beste Voraussetzung, einen Arbeitsplatz zu bekommen; 35 Prozent glauben, daß der Realschulabschluß die beste Beschäftigungsbasis vermittelt. Lediglich fünf Prozent der Eltern halten einen Hauptschulabschluß noch für ausreichend.

## Auswirkungen des Bildungsverhaltens

Die gestiegene Wertschätzung der gymnasialen Bildung wird den derzeit erkennbaren Trend zur höheren Allgemeinbildung und zur Akademisierung des Nachwuchses eher noch beschleunigen. Hierfür spricht auch, daß Hochschulabsolventen vergleichsweise hohe Beschäftigungschancen besitzen, ihr Berufseinstieg häufig durch spezielle Maßnahmen, wie zum Beispiel Trainee-Programme, erleichtert wird, ihr Lebenseinkommen trotz des späteren Eintritts in das Erwerbs-

leben zumeist überdurchschnittlich ist und sie vergleichsweise anspruchsvolle und interessante Tätigkeiten, die zudem mit einem hohen sozialen Prestige verbunden sind, ausüben.

Unter diesen Bedingungen wird diese Bildungspräferenz auch zu Lasten des dualen Systems gehen, dessen Angebot offenbar in der Wertschätzung der Eltern und deren Kinder lediglich einen nachrangigen Stellenwert einnimmt.

Eine Bewertung dieser Entwicklung muß unter zwei Aspekten erfolgen: zum einen aus der Sicht der Jugendlichen und ihrer Eltern, zum anderen unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Bedarfsentwicklung nach beruflichen Qualifikationen.

### **Bildungsentscheidungen von Jugendlichen und ihren Eltern**

Die Trends der Bildungsorientierung Jugendlicher und ihrer Eltern lassen sich heute schlagwortartig als „Streben nach möglichst ‚hohen‘ Abschlüssen“ charakterisieren. Der Grund liegt in der begründeten Vermutung, daß solche Abschlüsse günstige Optionen für den weiteren Bildungsweg eröffnen und aussichtsreiche Berufskarrieren versprechen. Faktisch eröffnet allein das Abitur sämtliche Optionen des Zugangs zu allen Bildungswegen, auch im berufsbildenden Bereich. Mit allen anderen Schulabschlüssen sind mehr oder weniger große Einschränkungen der Berufswahl und der persönlichen Entfaltung verbunden.

Unser Berufsbildungssystem ist nicht wirklich durchlässig in dem Sinne, daß die Vielfalt von Entfaltungsmöglichkeiten auch dann noch besteht, wenn erst einmal gewählt wurde. Eltern wollen für ihre Kinder das „Beste“ und das sehen sie am ehesten gesichert, wenn sie einen Bildungsweg wählen, der alle Optionen offenhält.

Die Abwägung zwischen Aufwand und Ertrag von Bildung orientiert sich damit immer häufiger am höheren Nutzen eines möglichst hohen allgemeinbildenden Abschlusses und deshalb auch nicht immer an der Leistungsfähigkeit oder der Begabung des Kindes. Daß solche Bildungsentscheidungen offensichtlich nicht immer unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Eignungs- und Fähigkeitsprofile von Jugendlichen getroffen werden, zeigen u. a. auch die Abbruchquoten an den Hochschulen.<sup>8</sup>

## **Leistungsfähige werden dringend in nicht-akademischen Berufen gebraucht**

Vor diesem Hintergrund scheint die Berufsausbildung aus zwei Gründen reformbedürftig: Einerseits, weil sie ungünstigere Optionen für jene bereithält, die sich für den berufspraktischen Bildungsweg entschieden haben oder entscheiden und weil damit auch Präferenzen von Eltern vernünftig werden, ihre Kinder — solange es eben geht — den „Königsweg“ der Schule gehen zu lassen; andererseits, weil hierdurch Qualifikationspotentiale für die Berufspraxis verlorengehen, die von einer Berufsausbildung dann angesprochen wären, wenn sie gleiche Optionen für weitere Bildungs- und Berufswege bereithalten würde.

Mir ist bewußt, daß die berufliche Bildung von vielen noch als „Sackgassen“-Bildung empfunden wird, die häufig nur dann gewählt wird, wenn andere Bildungs-Alternativen ausgeschöpft sind oder für das Studium und für den Übergang ins Berufsleben nach dem Studium von Vorteil ist. Dieses schiefe Bild wollen und müssen wir ändern.

Ich stimme mit LUTZ überein, wenn er feststellt, daß ein Jugendlicher mit mindestens

durchschnittlicher Begabung unter den gegebenen Bedingungen kaum motiviert werden kann, ein Facharbeiter zu werden, wenn ihm lediglich gesagt wird, daß Betriebe ihn mit dieser Qualifikation bräuchten.<sup>9</sup> Für die Berufswahl sind Aufstiegs-, Einkommens- und Prestigeerwartungen entscheidender.

Ich vertrete nachdrücklich die Auffassung, daß jeder, der über die entsprechende Eignung verfügt, den schulischen Weg bis zum Abitur oder zum Studium gehen soll, wenn er das wünscht. Genauso nachdrücklich vertrete ich aber auch die Auffassung, daß wir Leistungsfähige nicht nur an den Hochschulen brauchen, sondern genauso dringend in nichtakademischen Berufen. Wir sollten nachhaltig versuchen, den Trend ins Gymnasium und in die Hochschulen zu korrigieren, insbesondere wenn er als Reaktion auf vermeintlich oder tatsächlich schlechtere berufliche und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten der beruflichen Bildung begründet ist.

### **Qualifikationsbedarf der Wirtschaft**

Die komplexer gewordene Arbeitswelt, die Verbreitung neuer Techniken und Arbeitsorganisationen sowie die damit verbundenen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte haben dazu geführt, daß der Anteil an qualifiziertem und hochqualifiziertem Personal in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich gewachsen ist, und zwar deutlich zu Lasten „Ungelernter“. Nach einer Berechnung des IAB<sup>10</sup> hat sich zwischen 1975 und 1988 der Anteil der Erwerbstätigen mit Abschluß einer Berufsausbildung von 58 Prozent auf 68 Prozent (Berufsfachschule: 2,7 Prozent, betriebliche Lehre: 56,6 Prozent, Meister und Techniker: 8,2 Prozent) erhöht; der Anteil mit Hochschulstudium ist von sieben Prozent auf zwölf Prozent (Fachhochschule: 4,0 Prozent, Universität: 7,6 Prozent) gewachsen. Parallel hierzu reduzierte sich der Ungelerntenanteil von 35 Prozent auf rund 21 Prozent.

Neuere Trendprojektionen<sup>11</sup> belegen, daß sich die Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen auch künftig zugunsten qualifizierter und hochqualifizierter Kräfte verändern wird. Für das Jahr 2010 wird unter Berücksichtigung tätigkeitsspezifischer Trends eine Qualifikationsstruktur prognostiziert, nach der der Bedarf an Arbeitskräften mit einem Hochschulabschluß am deutlichsten steigen wird (um rund 50 Prozent gegenüber 1990); hierbei fällt die Veränderung des Bedarfs an Erwerbstätigen mit einem Fachhochschulabschluß höher aus als mit einem Universitätsabschluß. Der Anteil des Bedarfs an Fachkräften mit beruflicher Bildung von knapp 70 Prozent im Jahre 2010 — gemessen am Bedarf aller Beschäftigten — ist dabei auch auf eine Ausweitung des Bedarfs an Meister- und Technikerqualifikationen zurückzuführen. Nach diesen Trendprojektionen wird der Anteil an Ungelernten (an nicht formal Qualifizierten) auf rund 13 Prozent zurückgehen.

Auch wenn davon ausgegangen werden kann, daß Qualifikation und Technik in unterschiedlichen Organisationsformen kombinierbar sind und der Anteil der beruflich Qualifizierten auch davon abhängen wird, wie dem Problem einer etwa 50prozentigen Berufswechslerquote im Beschäftigungssystem künftig begegnet wird<sup>12</sup>, deuten die Ergebnisse auf folgende Trends und Handlungsbedarfe hin:

1. Der Bedarf an unqualifizierten Kräften wird erheblich zurückgehen. Hierfür muß der Anteil von Jugendlichen — er liegt zwischen zehn Prozent und 15 Prozent<sup>13</sup> —, die bislang ohne Berufsausbildung und Berufsabschluß bleiben, deutlich reduziert und das Angebot zur nachträglichen Qualifizierung von ungelerten Beschäftigten bzw. Arbeitslosen erhöht werden.

2. Gleichzeitig müßte der derzeit erreichte Anteil an Absolventen der dualen Ausbildung auf langfristige Sicht zumindest konstant gehalten und das Interesse an beruflicher Weiterbildung weiterhin gefördert werden.

3. Schließlich müßte der Anteil der Absolventen von Fachhochschulen gegenüber denen mit einem Universitätsabschluß erhöht werden.

### Balance der Qualifikationsstrukturen erfordert Differenzierung

Nach diesem Sachverhalt haben wir zur Zeit nicht zu viele Studenten, sondern vielmehr zu wenig Interessenten für betriebliche Ausbildungsplätze. Vorschläge, den Zugang zu den Hochschulen administrativ einzuschränken oder zu erschweren, sind nicht nur unter diesen ökonomischen Rahmenbedingungen unzweckmäßig. Denn auch auf diesem Feld kann staatliche Bewirtschaftung kein geeignetes Mittel sein, berufsbildungspolitische Ziele zu erreichen. Ich vertrete im Gegenteil die Auffassung, daß jeder, der über die entsprechende Eignung verfügt — und das gilt für mich grundsätzlich auch für beruflich Qualifizierte ohne Abitur —, auch ein angemessenes Studienangebot erhalten soll, wenn er dies wünscht. Hierfür sind die erforderlichen Bedingungen, vor allem im Fachhochschulbereich, zu schaffen.

Wir benötigen aber auch geeignetere Instrumente, vorhandene Potentiale für die Berufsausbildung besser zu nutzen. Wir brauchen ein Ausbildungswesen, das angemessene Anreize sowohl für Schwächere wie auch für Leistungsstärkere im beruflichen Bildungswesen bereithält.<sup>14</sup>

Wir wissen, daß wesentliche Ursachen für die Nichtaufnahme oder der nicht erfolgreiche Abschluß einer Berufsausbildung vor dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen wirksam werden. Deshalb müssen sowohl in der allgemeinbildenden Schule als auch im sozialen Umfeld sehr frühzeitig und intensiv lernunterstützende und sozialintegrative Fördermaßnahmen einsetzen, um möglichst alle Jugendlichen bis zum erfolg-

reichen Abschluß der Hauptschule zu führen und für die Berufsausbildung zu motivieren. Wir brauchen bessere Angebote zur Berufsinformation, Berufsberatung, Berufsmotivation und Berufsvorbereitung für Jugendliche, die den Hauptschulabschluß nicht geschafft haben. Und wir brauchen neue berufliche Angebote für die Jugendlichen, die trotz differenzierter Förderung den Mindestanforderungen der Ausbildungsberufe nicht entsprechen können.

Für Leistungsstärkere und Begabte sind Angebote zu schaffen, die schon während der Ausbildung oder unmittelbar danach den Erwerb von chancenreichen Zusatzqualifikationen ermöglichen. Meine Überlegungen zielen auf eine Vertiefung und Verbreiterung der Inhalte und auf zusätzliche, üblicherweise nicht zum „Standardrepertoire“ der jeweiligen Ausbildung zählende Inhalte in freiwilligen Zusatzqualifizierungen. Ich denke dabei auch an Konzepte des Betriebsassistenten des Handwerks und der Abiturientenausbildung der Wirtschaft. Diese Modelle einer erweiterten dualen Ausbildung müssen weiter entwickelt, erprobt und auch für Jugendliche ohne Abitur geöffnet werden. Dabei wird sich die Entwicklung vor allem an den neueren Ausbildungsordnungen ausrichten müssen. In diesem Zusammenhang sind auch Bedingungen zu prüfen, unter denen eine so erweiterte duale Ausbildung zertifiziert werden kann und welche Berechtigungen hiermit erworben werden können.<sup>15</sup>

Ganz entscheidend wird die weitere Entwicklung aber davon abhängen, welche beruflichen Entfaltungschancen im Beschäftigungssystem mit diesen anspruchsvollen Qualifikationen verbunden werden können. Wir wollen diesen notwendigen Prozeß zu verbesserten beruflichen Entwicklungschancen bewußt auch durch eine geeignete Förderung begabter Fachkräfte voranbringen. Mit der 1991 vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft begonnenen Begabtenförderung in der beruflichen Bildung ist nicht

nur ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung und damit zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses, sondern auch zur Entwicklung neuer beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten geleistet worden.

Ziel dieses Programms ist es, die berufliche und persönliche Entwicklung und Entfaltung besonders leistungsfähiger und begabter Fachkräfte möglichst schon zu Beginn ihres Berufslebens zu fördern. Dabei sollen sowohl praktische, gestalterisch-kreative, soziale als auch intellektuelle Begabungen gleichermaßen gefördert werden. Gefördert wird die Vermittlung anspruchsvoller berufsspezifischer Qualifikationen, der Erwerb fachübergreifender und allgemeiner beruflicher Fähigkeiten, aber auch die Persönlichkeitsbildung, die Entwicklung sozialer Kompetenzen und die Mitwirkungsfähigkeit in Beruf und Gesellschaft.

### **Balance der Qualifikationsstrukturen erfordert Verwirklichung von Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung**

Ebenso wichtig wie die Weiterentwicklung der Berufsausbildung durch Differenzierung ist die Verwirklichung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Was wir brauchen sind Voraussetzungen für einen leistungsgerechten Wettbewerb unter den verschiedenen Bildungswegen und damit eine Basis für eignungsgerechte Entscheidungen von Jugendlichen und ihren Eltern, ohne daß durch die getroffene Bildungswahl Einbußen von persönlichen und beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten in Kauf genommen werden müssen.

Mein Ziel ist es, die berufliche Bildung und die Berufsperspektiven der Fachkräfte im Wettbewerb der Bildungswege zur gleich-

wertigen Alternative zu machen. Hierfür bietet die hohe Qualität der beruflichen Bildung eine hervorragende Ausgangsbasis.

Im Fachkräftebereich nehmen die unqualifizierten Arbeiten und reinen Routinetätigkeiten immer mehr ab. Die Aufgaben der Fachkräfte werden komplexer. Intelligenter Umgang mit neuer Technik wird an immer mehr Arbeitsplätzen gefordert. Die Fähigkeiten, die Arbeit selbständig zu planen, durchzuführen und zu kontrollieren, im Team mit anderen effektiv zusammenzuarbeiten, Entscheidungsfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein kennzeichnen zunehmend die moderne Fachkräftetätigkeit. Hierauf hat sich die berufliche Bildung eingestellt; alle neu geordneten Ausbildungsberufe tragen diesen Anforderungen Rechnung.

Der Wandel von Arbeitsplatzanforderungen verlangt immer nachdrücklicher eine hohe Bereitschaft und Fähigkeit zur Weiterbildung, deren Grundlagen — das Lernen lernen — ebenfalls bereits in der Ausbildung gelegt werden.

Damit werden in der Ausbildung Anforderungen an die Auszubildenden gestellt, die denen von Schülern in der Allgemeinbildung durchaus entsprechen, ohne daß für den beruflich Qualifizierten sich vergleichbare Entfaltungsmöglichkeiten eröffnen würden. Die berufliche Bildung hat einen Entwicklungsstand erreicht, der mit der gesellschaftlichen Wertschätzung und den beruflichen Entfaltungschancen nicht mehr im Einklang steht. Dies kann so nicht bleiben.

In Ausbildung und Beruf zeigt sich eine Befähigung zwar anders als in Schulen oder in der wissenschaftlichen Arbeit. Dies heißt aber nicht, daß sie weniger Anerkennung verdient. Kompetenz im Beruf, das ist die Verbindung von praktischem Können, von geistiger Beweglichkeit und Kreativität bei der Lösung konkreter Probleme, von Geschick im Umgang mit Menschen, von

Teamqualitäten bei der Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen sowie besonderer Lern-, Weiterbildungs- und Leistungsbereitschaft.

Berufsbefähigung beschränkt sich eben nicht nur auf berufsfachliche Kompetenz, sondern in mindestens ebenso großem Ausmaß ist die Beherrschung von Problemlösungsstrategien und fachübergreifenden Fähigkeiten (Schlüsselqualifikationen) notwendig. Es geht in der beruflichen Bildung um die Entwicklung von Lernfähigkeit und Handlungskompetenz, also um Befähigungen, die mit den Bildungszielen des allgemeinbildenden Bereiches vergleichbar sind. Dabei ist es nach meiner Ansicht unerheblich, mit welchen Mitteln und Inhalten diese Kompetenz erworben wird.

Meine Überlegungen zur Umsetzung der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung stützen sich deshalb vornehmlich auf die These der Gleichwertigkeit der bildenden Qualität sowie des Anforderungs- und Lernniveaus beruflicher Bildung im Vergleich zur allgemeinen Bildung. Dieser berufspädagogisch begründete Ansatz geht davon aus, daß viele berufspraktische wie fachtheoretische Elemente der dualen Berufsausbildung als Medium von Bildung und Erziehung den (klassischen) Inhalten des Fächerkanons allgemeinbildender Schulen gleichwertig sind.

Gleichwertigkeit berufspraktischer und berufstheoretischer Bildung bedeutet deshalb auch, daß formale Berechtigungen, die der erfolgreiche Besuch einer allgemeinen Schule verleiht, grundsätzlich auch durch Berufsbildung erworben werden können.

Hierbei geht es nicht um eine Anpassung der beruflichen Bildung an den Fächerkanon der allgemeinbildenden Schule oder um Ergänzung von beruflicher Bildung um allgemeine Bildungsinhalte in Form von Doppelqualifikation. Ich will keine Gleichartigkeit herstellen, sondern die notwendige Berücksichti-

gung und Wertung gleichwertiger, aber unterschiedlicher Bildungsinhalte und Methoden der verschiedenen Bildungswege.

## Konzeptionelle Überlegungen

Meine Vorstellungen zielen darauf, dem allgemeinbildenden Bildungsweg einen gleichwertigen berufsbildenden Weg bis zur Hochschule zur Seite zu stellen. Zu den Kernpunkten der Überlegungen gehören:

- der Berufsabschluß ist mit dem Hochschulabschluß gleichwertig;
- der Meister-, Techniker- und ein vergleichbarer Fortbildungsabschluß berechtigt unmittelbar zum Besuch der Hochschule;
- zum Erreichen der Fachhochschulreife oder der fachgebundenen Hochschulreife könnte man zudem erwägen, für Ausbildungsabsolventen neben dem traditionellen schulischen Weg über die Fachoberschule einen neuen dualen Weg zu eröffnen; ich denke hier an einjährige Zusatzausbildungen im dualen System, die bereits Elemente der Fortbildung zum Meister, Techniker oder Betriebswirt beinhalten könnten und eine vertiefende bzw. spezialisierte berufliche Bildung in Wahlpflichtbereichen zum Gegenstand haben.

Wenn die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung durch den Qualitätsanspruch der beruflichen Bildung und durch seinen bildenden Wert begründet wird und der Zugang zum Studium auch für beruflich Qualifizierte ohne Abitur offenstehen soll, muß auch darüber nachgedacht werden, wie die Qualität der beruflichen Ausbildung gesichert und weiterentwickelt werden kann und ob die berufliche Bildung auch weiterhin der „Reparaturbetrieb“ des Schulwesens sein soll. Und es muß darüber nachgedacht werden, welche Rolle künftig der Hauptschule hierbei zukommen muß.

Wenn der Hauptschulabschluß einen neuen Stellenwert erhalten soll, dann muß er als

Orientierung in der beruflichen Ausbildung aufgewertet werden. Dies bedeutet aber, daß

- bei grundsätzlicher Offenhaltung des Zugangs zur Berufsausbildung im dualen System der Hauptschulabschluß als Mindestqualifikation auch formal ein größeres Gewicht erhalten sollte. Hierfür wäre denkbar für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß verstärkt besondere schulische Angebote zum nachträglichen Erwerb dieses Abschlusses zu machen, ggf. könnte auch an eine Verpflichtung zu ausbildungsbegleitenden Hilfen gedacht werden;

- für Jugendliche, die das normale Eingangsniveau trotz Förderung nicht erreichen können, auch die Entwicklung gestufter Sonderausbildungsgänge für Jugendliche ohne Abschluß geprüft werden muß, die die Option auf einen normalen Ausbildungsabschluß offenhalten und Beschäftigungschancen eröffnen.

Nur wenn es uns gelingt, den Leistungsanspruch der beruflichen Bildung zu festigen und gleichzeitig für Leistungsschwächere ergänzende begabungsgerechte Bildungsangebote mit Beschäftigungschancen bereitzuhalten, wird ein Gleichwertigkeitskonzept glaubwürdig, nach dem mit dem Ausbildungsabschluß gleichzeitig das Niveau des Hochschulabschlusses erreicht wird.

Ziel muß es sein, das berufliche Bildungswesen so weiterzuentwickeln, daß durch berufliche Bildung alle Optionen für Bildungsentscheidungen und berufliche Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet werden, wie das andere Bildungswege schon länger anbieten.

Es bedarf sicher einer längerfristig angelegten Strategie, gemeinsamer Anstrengungen und vielfältiger Abstimmungen zwischen den Tarifparteien, den Ländern, aber auch den Hochschulen, um dieses Ziel zu erreichen. Im Interesse der Glaubwürdigkeit müssen wir alle dabei bereit sein, auch überkommene Denkstrukturen, gesellschaftliche Wertemuster sowie Arbeitsbedingungen,

Weiterbildungs-, Berufs-, Karriere- und Einkommenschancen — einschließlich der Laufbahnstrukturen des öffentlichen Dienstes — vorbehaltlos zu erörtern. Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung muß in den Köpfen beginnen, im Bildungswesen durchgesetzt und im Beschäftigungssystem erfahren werden.

Dieser Prozeß hat begonnen, dies läßt sich an vielfältigen Aktivitäten ablesen.

## Stand der Überlegungen auf seiten der Länder

Die Wirtschaftsministerkonferenz hat sich im März 1992 mit der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, der die Aufwertung der beruflichen Bildung angesichts der Überfüllung der deutschen Hochschulen und vor dem Hintergrund eines erheblichen Nachwuchsmangels in der deutschen Wirtschaft als wirtschaftspolitisches Ziel ansieht. Sie hat die Kultusminister und -senatoren gebeten, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen durch berufliche Bildung schulische Berechtigungen erworben werden können und eine Arbeitsgruppe beauftragt, einen Beschlußvorschlag zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung und zur Steigerung der Attraktivität der Berufsausbildung zu erarbeiten. Auf der Basis eines Berichtes der eingesetzten Arbeitsgruppe hat die Wirtschaftsministerkonferenz im Oktober 1992 folgende Gleichstellungen von beruflicher und allgemeiner Bildung für notwendig und realisierbar angesehen:

- Gleichstellung eines mindestens befriedigenden Abschlusses in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einem mittleren Schulabschluß, wenn auch die berufsschulischen Leistungen im Durchschnitt mindestens befriedigend sind
- Gleichstellung einer mit mindestens gutem Erfolg abgeschlossenen Fortbildungs-

prüfung zum Meister oder Industriemeister oder vergleichbaren Fortbildung sowie eines guten Fachschulabschlusses mit der fachgebundenen Fachhochschulreife, wenn notwendige Kenntnisse, über die der Bewerber noch nicht verfügt, in Brückenkursen nachgeholt werden.

## KMK-Beschluß zum Realschulabschluß

Im Juni 1992 einigten sich die Kultusminister und -senatoren der Länder darauf, daß mit dem Abschlußzeugnis der Berufsschule künftig auch die Berechtigungen des Realschulabschlusses erworben werden können. Die von den Kultusministern in Münster verabschiedete Neufassung der „Vereinbarung über den Abschluß der Berufsschule“ sieht vor, daß das Abschlußzeugnis der Berufsschule die Berechtigungen des Realschulabschlusses nach den Bestimmungen der Länder einschließt, wenn

- die Berufsschule erfolgreich besucht und im Schulzeugnis ein Gesamtnotendurchschnitt von mindestens 2,5 erreicht wurde,
- eine Berufsausbildung gemäß BBiG/HwO in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Regelausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren erfolgreich abgeschlossen wurde und
- Fremdsprachenkenntnisse dadurch nachgewiesen werden, daß ein mindestens fünfjähriger Fremdsprachenunterricht mit befriedigenden Leistungen abgeschlossen wurde. Bisher konnte mit dem erfolgreichen Abschluß der Berufsschule nur der Hauptschulabschluß erworben werden. Mit der Öffnung für den Erwerb eines mittleren Schulabschlusses haben sich die Optionen der Auszubildenden mit Hauptschulabschluß für ein Fachhochschulstudium (Erwerb einer Fachhochschulreife über die Fachoberschule) wesentlich verbessert.

Mit Blick auf die Gleichwertigkeitsdiskussion impliziert diese KMK-Vereinbarung,

daß ein Berufsabschluß allein jedoch nicht für ausreichend erachtet wird, ihn ohne Zusatzbedingungen mit dem Realschulabschluß gleichzustellen. Dies entspricht auch der Auffassung der von der Wirtschaftsministerkonferenz eingerichteten Arbeitsgruppe: „Um echte formale Gleichstellung zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsabschlüssen zu ermöglichen, ist es notwendig, die beruflichen Ausbildungsgänge in den Berufsschulen um die Inhalte zu ergänzen, die für einen aufbauenden allgemeinbildenden Bildungsgang Voraussetzung sind.“

## Zugang zum Studium muß auch außerhalb der Schule ermöglicht werden

Diese Argumentation ist einleuchtend, wenn ein aufbauender Bildungsgang nur über allgemeinbildende Schulwege möglich ist und der Fächerkanon eines solchen Weges, wie in der Fachoberschule, sich vergleichsweise eng an die gymnasiale Oberstufe anlehnt. Hauptschüler mit einem Berufsabschluß wären ohne zusätzliche allgemeine Bildungskennnisse kaum in der Lage, dem vermittelten Lernstoff zu folgen. Dies hätte aber auch zur Folge, daß der bildende Wert einer betrieblichen Berufsausbildung nur eingeschränkt zur Geltung gebracht werden kann.

Meine Überlegungen zielen deshalb darauf, daß ein Berufsabschluß (im Rahmen einer dreijährigen Berufsausbildung) mit dem Realschulabschluß — und zwar ohne Zusatzbedingungen — gleichwertig ist und daß aufbauende Bildungsgänge bis zum Erwerb der Hochschulberechtigung auch außerhalb des allgemeinbildenden Schulbereichs ermöglicht werden müssen. Hier ist sowohl an verschiedene berufliche Weiterbildungsformen als auch an neue berufliche Zusatzqualifizierungen im Rahmen der dualen Ausbildung gedacht.

Es geht nicht um Gleichartigkeit, sondern um eine angemessene Berücksichtigung der bildenden Qualität der beruflichen Bildung.

## KMK-Bericht zum Hochschulzugang ohne Abitur

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich Mitte 1992 mit der Frage des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung befaßt und eine Arbeitsgruppe — bestehend aus Vertretern des Schulausschusses und des Hochschulausschusses der KMK — beauftragt, mögliche Eckpunkte für eine Rahmenvereinbarung zu erarbeiten. Zuvor sollte eine Synopse der vorliegenden Regelungen, Pläne und Erfahrungen in den Ländern erarbeitet werden.

Während die synoptische Darstellung der unterschiedlichen Länderpositionen bereits vorliegt, sind die Vorbereitungsarbeiten für eine „Vereinbarung zum Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung“ noch nicht abgeschlossen. Ich hoffe, daß es angesichts der zahlreichen, untereinander stark abweichenden Länderregelungen rasch zu einer Übereinkunft kommt, die den Hochschulzugang beruflich Qualifizierter ohne Abitur entsprechend modernen Erfordernissen und ohne bürokratische Hürden ermöglicht.

Die bereits erwähnte Arbeitsgruppe der Wirtschaftsministerkonferenz stellt hierzu fest: „Die bisherigen Zugangsmöglichkeiten zu den Hochschulen (für Berufstätige), die sowieso nur den fachgebundenen Fachhochschulzugang vorsehen, benachteiligen letztlich das berufliche Bildungssystem neu. Zu viele Auflagen und Bedingungen sind zu erfüllen, um von einer Gleichwertigkeit sprechen zu können. Hier erscheint es notwendig, klarere und eindeutige Vorgaben zu treffen und über formale Gleichstellungen

für Absolventen einer beruflichen Aus- und Weiterbildung die fachgebundene Hochschulreife zuzuerkennen. Die Arbeitsgruppe hält es für möglich, Absolventen einer dualen Ausbildung, die eine Weiterbildung als Meister oder Industriemeister mit gutem Erfolg abgelegt haben, automatisch die fachgebundene Fachhochschulreife zuzuerkennen.“

Ich kann mich dieser Auffassung voll anschließen. Es ist lediglich zu fragen, warum die geforderte Zuerkennung auf eine fachgebundene Fachhochschulreife beschränkt und nicht auf eine generelle Fachhochschulreife oder eine fachgebundene Hochschulreife ausgedehnt werden soll?

## Vorschläge der Wirtschaft

Das Anfang 1992 veröffentlichte Positionspapier der deutschen Arbeitgeberverbände<sup>16</sup>, das eine Weiterentwicklung des deutschen Bildungswesens vor allem unter Einbezug der Erfordernisse wirtschaftlicher Entwicklungen und des Beschäftigungssystems forderte, zielte auf eine breite öffentliche Diskussion notwendiger Veränderungen im deutschen Bildungssystem. Auf dem Hintergrund einer europaorientierten und bildungsstrukturellen Problemdarstellung wurde u. a. die Realisierung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung vorgeschlagen, um die Ausbildung im dualen System zu einer attraktiven Alternative zu schulischen und akademischen Bildungsgängen zu machen. Im einzelnen zielten die berufsbildungspolitischen Vorschläge auf

- bessere Ausschöpfung von Leistungs- und Begabungsreserven,
- Qualitätssteigerung der Berufsschulbildung,
- Hochschulzugang für beruflich qualifizierte, die sich im Beruf bewährt und eine qualifizierte Fortbildung erfolgreich abgeschlossen haben, über ein an fachgebundene Leistungskriterien orientiertes Auswahlverfahren der Hochschulen,

- Umsetzung der Gleichwertigkeit beruflicher Bildung durch eine entsprechende Personalpolitik der Betriebe und des öffentlichen Dienstes.

Das bildungspolitische Positionspapier der Wirtschaft stimmt in der Tendenz weitgehend mit meinen bildungspolitischen Überlegungen überein. Dies gilt vor allem für die Kernforderung des Positionspapiers nach einer generellen Aufwertung der beruflichen Bildung gegenüber der allgemeinen und akademischen Bildung. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Realisierung der angestrebten Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung ist neben der Öffnung der Universitäten für qualifizierte Fachkräfte ohne Abitur die Auffassung der Arbeitgeberverbände, die Verwirklichung der Gleichwertigkeit auch durch eine entsprechende Personalpolitik zu unterstützen.

Dies halte ich für eine der wichtigsten Realisierungsvoraussetzungen bei der Verwirklichung von Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung. Denn bildungspolitische Instrumente allein wären überfordert, die angestrebten Ziele zu erreichen. Bei einem marktwirtschaftlich geprägten Arbeitsmarkt und Freiheit der Bildungsweg- und Berufswahl kann die Berufsbildungspolitik Rahmenbedingungen verändern und systemimmanente Barrieren abbauen. Inwieweit solche Veränderungen zu veränderten Bildungsentscheidungen führen, wird aber vor allem davon abhängen, welche Arbeitsbedingungen, Weiterbildungs-, Berufs-, Karriere- und Einkommenschancen mit der getroffenen Wahl verbunden werden. Dies sind letztlich die entscheidenden Kriterien zur Veränderung von Qualifikationsentscheidungen.

Gleichwertigkeit wird sich nur realisieren lassen, wenn Betriebe, Praxen und Verwaltungen bereit sind, leistungsstarken und weiterbildungsaktiven jungen Berufstätigen auch ohne Abitur und Hochschulstudium attraktive Berufs- und Karrierechancen zu eröffnen.

Wenn dies nicht geschieht und solche jungen Leute erleben, daß gleichaltrige Hochschulabsolventen in Positionen einsteigen, die sie nicht oder nur in Ausnahmefällen erreichen, dann darf sich niemand wundern, wenn ihr Interesse an einer betrieblichen Ausbildung und einem direkten Einstieg in einen Fachkräfteberuf rapide abnimmt.

Die Leistungsfähigkeit von beruflich qualifizierten voll zu entwickeln und ihnen attraktive Zukunftsperspektiven zu bieten, gehört deshalb zu einer vorausschauenden Personalpolitik aller Unternehmen — auch des öffentlichen Dienstes.

## DIHT-Modell

Auf Attraktivitätssteigerung der Berufsausbildung ist auch das kürzlich vom DIHT vorgestellte Modell „Duale Berufsausbildung im Verbund“<sup>17</sup> ausgerichtet. Dieses Modell, das Ausbildung, berufliche Weiterbildung und Fachhochschulstudium verbindet, zielt auf Schulabgänger und Schulabgängerinnen mit einer Studienberechtigung.

Nach dem DIHT-Modell sollen Abiturienten beziehungsweise Jugendliche mit einer Fachhochschulberechtigung in fünfeinhalb Jahren drei aufeinander aufbauende, für sich jeweils vollwertige Berufsabschlüsse in technischen oder kaufmännischen Berufsbereichen erwerben können. Das DIHT-Modell stellt ein bedenkenswertes Modell dar, das sich von anderen Abiturientenmodellen durch einen integrativen Ansatz von Ausbildung, Weiterbildung und Hochschulbildung abhebt. Es könnte mit seiner praxisnahen und zugleich wissenschaftsorientierten beruflichen Ausbildung eine neue Alternative der Wirtschaft zur Hochschulausbildung von Studienberechtigten werden. Es sind jedoch noch einige wichtige offene Fragen (Beteiligung der Fachhochschulen von Anfang an, Anerkennung der Stufen eins und zwei Teilabschnitte einer Fachhochschulausbildung, Erfüllung



von Vorschriften des Hochschulrahmengesetzes) zu klären.

Ein Zugang für besonders befähigte Ausbildungsabsolventen oder Berufstätige ohne Studienberechtigung ist in dem Modell nicht vorgesehen. Bei einer entsprechenden Öffnung könnte dieses DIHT-Modell in meine Gleichwertigkeitsüberlegungen integriert werden, die darauf zielen, auch dem begabten Hauptschüler bzw. Realschüler durch berufliche Ausbildung, Weiterbildung oder Zusatzqualifikation Bildungsoptionen bis zum Studium zu eröffnen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß nur über einen solchen, den Haupt- und Realschulabschluß mitumfassenden berufsbildungspolitischen Ansatz, Bildungswegentscheidungen neu überdacht und eingefahrene Gleise verlassen werden können.

## Öffentliche Diskussion zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung

Die erste Fachtagung zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung des BMBW<sup>18</sup> Mitte 1992 ist Beleg dafür, daß das Thema Gleichwertigkeit von allen Beteiligten zunehmend umsetzungsorientierter diskutiert wird und die Realisierungsvorschläge<sup>19</sup> auf ihre Wirkung für die zukünftige Bildungsstruktur beleuchtet werden.

Nahezu einvernehmlich wird in der aktuellen Gleichwertigkeitsdiskussion die Überzeugung geteilt, daß eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung des dualen Systems nur dann erreicht wird, wenn über die Ausbildung weiterführende Berechtigungen erworben werden können und jedem Abgänger des dualen Systems, der sich angemessen qualifiziert bzw. fortgebildet hat, prinzipiell die Befähigung zuerkannt wird, ein Studium zu beginnen.

Über die konkreten Schritte bestehen derzeit jedoch noch sehr große Meinungsunterschiede. Sie reichen von der Forderung zur Gleichstellung des Ausbildungsabschlusses mit dem Abitur über doppelqualifizierende Ansätze mit einem erhöhten allgemeinbildenden schulischen Bildungsanteil in der Berufsausbildung, ferner über zeitintensive und verschlungene Vorschläge für den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte ohne Abitur, bis hin zur Feststellung, daß sich lediglich das Beschäftigungswesen auf das entwickelte berufliche Bildungswesen neu einzustellen und anzupassen habe.<sup>20</sup>

Häufig wird der Attraktivitätseffekt für das duale System über Zeitvergleiche bis zur Erlangung der Studienberechtigung gemessen und dabei oft übersehen, daß das Ziel einer Berufsausbildung nicht in erster Linie der Erwerb einer schulischen Berechtigung, sondern eine vollwertige Berufsbefähigung ist, die der Abiturient nach Schulabschluß erst noch erwerben muß.

Übersehen wird häufig auch, daß die Forderung nach Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung in einer besseren Nutzung unterschiedlicher Befähigungen und Neigungen von jungen Menschen begründet ist, auf deren geeignete Förderung und Entfaltung eine Volkswirtschaft wie die unsere ganz besonders angewiesen ist. Denn die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gründet sich eben nicht nur auf akademische Begabungen, sondern auch auf berufspraktische Fähigkeiten und Leistungen.

Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung ist deshalb vor allem ein Beitrag zur Förderung und Entfaltung aller Begabungen. Deshalb bin ich überzeugt, daß es auch keinen berufsbildenden „Königsweg“ geben sollte. Eignungs- und leistungsgerechter sind nach meiner Auffassung, ausgehend von der Verbindung des Berufsabschlusses mit dem Realschulabschluß, mehrere Wege zur Erlangung der Studienberechtigung:

- einerseits über den traditionellen Weg der Fachoberschule;
- andererseits über anspruchsvolle Fortbildungswege;
- schließlich über Zusatzausbildungen im dualen System.

Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die berufliche Bildung einerseits einen eigenständigen Bildungswert besitzt. Jugendliche, die sich für eine Berufsausbildung entscheiden, müssen andererseits in ihr eine gleichwertige Alternative zur Allgemeinbildung sehen, die ihnen über eignungsgerechte Wege Optionen bis zum Studium eröffnet.

Wir stehen bei der Verwirklichung von Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung noch am Anfang. Auch wenn die Umsetzungsstrategien bislang noch sehr verschieden sind, bin ich überzeugt, daß wir im Interesse der unterschiedlichen Begabungen von jungen Menschen und der Zukunft des dualen Systems gemeinsam geeignete Wege finden werden, die Berufsausbildung zu einem attraktiven und gleichwertigen Bildungsgang der Sekundarstufe II zu entwickeln. Dabei werden wir auch den Mut haben müssen, neue und innovative Wege zu beschreiten. Ich hoffe, daß wir im April 1993, auf der zweiten Fachtagung des BMBW zur Gleichwertigkeit, erste gemeinsame Schritte zur Realisierung gehen können.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. Kutscha, G.: *Das duale System der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland — ein auslaufendes Modell?* In: „Die berufsbildende Schule“, Heft 3, März 1992

<sup>2</sup> Vgl. Lutz, B.: *Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik.* In: *Tagungsdokumentation der internationalen wissenschaftlichen Tagung zur beruflichen Bildung am 25. und 26. Oktober 1990 in Berlin — Die Rolle der beruflichen Bildung und Berufsbildungsforschung im internationalen Vergleich, Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin/Bonn 1991*

<sup>3</sup> Vgl. Geißler, K.: *Perspektiven der Weiterentwicklung des Systems der dualen Berufsausbildung in der Bundesrepublik.* In: *Tagungsdokumentation der internationalen wissenschaftlichen Tagung zur beruflichen Bildung am 25.*

und 26. Oktober 1990 in Berlin — Die Rolle der beruflichen Bildung und Berufsbildungsforschung im internationalen Vergleich, Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin/Bonn 1991

<sup>4</sup> Vgl. Schlaffke, W.: *Duales System droht auszubluten*. In: *Informationsdienst der deutschen Wirtschaft* vom 30. Juli 1992, Köln 1992

<sup>5</sup> Quelle: *Grund- und Strukturdaten*; Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Ausgabe 1991/1992; die hier angeführten Daten beziehen sich auf das alte Bundesgebiet, da die Sonderbedingungen der neuen Länder eine entsprechende Analyse noch nicht erlauben.

<sup>6</sup> Quelle: *Grund- und Strukturdaten*, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Ausgabe 1991/1992

<sup>7</sup> Vgl.: *IFS-Umfrage 1991*. In: *Jahrbuch der Schulentwicklung*, Band 7, Institut für Schulentwicklungsforschung Vgl. Rolff, H.-G.; Bauer, K.-O.; Klemm, K.; Pfeiffer, H. (Hrsg.), Weinheim und München 1992, Seite 14 ff.

<sup>8</sup> Vgl. *Berufsbildungsbericht 1992*, Seite 9, und *HIS-Kurzinformation A7/92 HIS*; nach Berechnungen des HIS verlassen 27 Prozent der Studenten vor Abschluß des Studiums die Hochschule.

<sup>9</sup> Lutz, B.: *Anhörung der Expertenkommission „Zukünftige Bildungspolitik — Bildung 2000“*, 1990

<sup>10</sup> Quelle: *Bildungsgesamtrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)*; (BGR II)

<sup>11</sup> Vgl. Weißhuhn, G.; Wähse, J.: *Arbeitskräftebedarf nach Ausbildungsqualifikation und beruflicher Tätigkeit im vereinten Deutschland — Szenarien bis zum Jahre 2010* (Studie im Auftrag des BMBW, noch nicht veröffentlicht) Tessaring, M.: in: *MittAB 1/1991*

<sup>12</sup> Vgl. Braun, P.: *Lehrlingsmangel — Fachkräftelücke*. In: *Lernfeld Betrieb 2/1991*

<sup>13</sup> Vgl. *Berufsbildungsbericht 1991*, Strukturdaten über Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsausbildung in den alten Bundesländern, Seite 101

<sup>14</sup> Zur Differenzierung der Berufsausbildung vgl. *Berufsbildungsbericht 1992*, Seite 8ff.

<sup>15</sup> Vgl. Schaumann, F.: *Mehr Chancen durch Differenzierung*. In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik*, Heft 12/91

<sup>16</sup> Vgl. *Differenzierung Durchlässigkeit Leistung*. *Bildungspolitische Position der Spitzenverbände der Wirtschaft*, Januar 1992

<sup>17</sup> Vgl. *Modellkonzept „Duale Berufsbildung im Verbund“*. In: *Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung*, Dokumentation der 1. BMBW-Fachtagung am 8. Juli 1992 in Bonn. Hrsg.: *Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft*, Bonn 1992, Anhang

<sup>18</sup> *Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung*, Dokumentation der 1. BMBW-Fachtagung am 8. Juli 1992 in Bonn. Hrsg.: *Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft*, Bonn 1992

<sup>19</sup> *Beispiele: Die Zukunft des dualen Systems. Eine Auseinandersetzung mit dem Bildungsplan der deutschen Arbeitgeberverbände „Differenzierung, Durchlässigkeit, Leistung“* vom Januar 1992, Flugschrift 7; Institut für Pädagogik und Gesellschaft, Münster 1992;

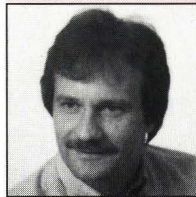
Vgl. Luers, R.: *Hochschulstudium ohne Abitur*. In: *Die berufsbildende Schule*, Heft 9, September 1992

<sup>20</sup> Vgl. *Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung*. Dokumentation der 1. BMBW-Fachtagung am 8. Juli 1992 in Bonn. Hrsg.: *Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft*, Bonn 1992

## Das duale System der Berufsausbildung hat eine Zukunft\*

### Rolf Arnold

Prof. Dr. phil., Fachgebiet Pädagogik, insbesondere Betriebs- und Berufspädagogik an der Universität Kaiserslautern



**Betrachtet man die jüngere berufspädagogische Debatte über die Zukunft des dualen Systems der Berufsbildung — in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa oder gar in der Dritten Welt sowie (neuerdings) in den ehemaligen Staatshandelsländern<sup>1</sup> —, so fühlt man sich an den Rabbi Wolf von Zbaraz erinnert: Zu diesem kam ein Mann und behauptete, man dürfe zwei Frauen zugleich heiraten, und das sei doch schön. „Da hast du recht“, sagte der Rabbi. „Aber Rabbi“, sagte ein zweiter, „das ist doch verboten.“ — „Da hast du recht“, sagte der Rabbi. „Aber beide können doch nicht recht haben“, sagte ein dritter. „Da hast du wiederum recht“, sagte der Rabbi.<sup>2</sup>**

Übertragen auf die Frage nach der Zukunft des dualen Systems bedeutet dies, daß man auf diese Frage derzeit verneinend-skeptische Antworten („keine Zukunft!“) ebenso zu hören bekommt, wie bejahend-euphorische („Exportschlager!“), wobei die verneinend-skeptischen, „zerfallsgeschichtliche(n) Deutung(en)“<sup>3</sup>, die ein Ende bzw. eine Erosion des dualen Systems konstatieren, in letzter Zeit lauter werden. Gleichwohl gab und gibt es bejahend-euphorische Stimmen, die für das duale System der Berufsausbildung nicht nur eine Zukunft im nationalen Rahmen als gegeben ansehen, sondern in diesem

\* Kurzfassung eines in der Zeitschrift *Leviathan* erscheinenden Artikels